

18. Wahlperiode

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP

Gegen jeden Antisemitismus! – Jüdisches Leben in Berlin schützen

– Drucksache 18/1061 –

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Auf Seite 2 in Punkt 2 wird hinter den Worten „...spezialisierte Projekte zu prüfen“ folgende Passage eingefügt:

„Insbesondere ist zu überprüfen, ob die bisherigen Programme den Herausforderungen gerecht werden, die durch die große Zahl der Zuwanderer aus Ländern in Nordafrika, dem Nahen und Mittleren Osten entstanden sind, in denen Hass auf den Staat Israel, den Zionismus und auf Juden weit verbreitet und von den jeweiligen Staatsführungen oft aktiv gefördert wird.“

Auf Seite 2 wird ein neuer zusätzlicher Punkt 4 eingefügt:

„Es ist – wie auch vom Antisemitismusbeauftragten des Bundes angemahnt – eine präzisere Zuordnung antisemitischer Straftaten bei deren Erfassung erforderlich. Die bisherige pauschale Einordnung fast aller antisemitischer Straftaten als von Rechtsextremisten verursacht entspricht nicht der Realität der vielfältigen Erscheinungsformen des Antisemitismus in Berlin und erschwert die Entwicklung von effektiven Gegenstrategien und Gegenmaßnahmen.“

Berlin, 30. Mai.2018

Pazderski Hansel
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion